



**30. März 2017**

## **Wahlprüfsteine des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden**

### **Zur Wahl des Deutschen Bundestages September 2017**

Die politische Entwicklung in Europa und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland erfüllen uns zunehmend mit Sorge.

Entgegen dem anerkannten politischen Grundsatz: „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!“ und den Bestimmungen des Grundgesetzes beteiligt sich Deutschland weltweit an kriegerischen Aktionen und kriegsvorbereitenden Handlungen.

Wir verurteilen die grobe Missachtung des grundlegenden Menschenrechts auf Leben und Gesundheit durch Vorbereitung von militärischen Auseinandersetzungen und aktive Beteiligung der Bundesregierung an Kriegen in der Welt. Besonders unerträglich ist für uns die Hetze gegen Russland und die Stationierung deutscher Soldaten im Rahmen der NATO an dessen Westgrenze.

Die sozialen Menschenrechte wie das Recht auf Bildung, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnen werden nicht durchgesetzt, die Politik der Regierung richtet sich an den Interessen der die Wirtschaft beherrschenden Unternehmen aus und fördert damit eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich.

Die Diskriminierung der Ostdeutschen Bevölkerung ist auch nach einem Vierteljahrhundert des Anschlusses der DDR an die BRD entgegen den Anforderungen des Grundgesetzes nicht beendet.

Im Namen der Mitglieder unserer Verbände und Vereinigungen fordern wir die Parteien und Kandidaten, die zur Bundestagswahl antreten, auf, zu nachfolgenden Fragen ihren Standpunkt zu äußern:

#### **I. Leben in Sicherheit und Wohlstand braucht Frieden**

##### **Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für**

- eine Unterbindung von Auslands- und Kriegseinsätzen der Bundeswehr?
- eine spürbare Reduzierung der Produktion und des Exports von Waffen und für eine strikte Unterbindung des Waffenexports in Krisenregionen?
- eine weltweite Ächtung aller Atomwaffen und den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland?
- eine Unterstützung der Aktivitäten der Friedensbewegung zur Schließung des Kommandoentrums der US-amerikanischen Armee zur Drohnen-Kriegsführung in Ramstein?

- eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa und weisen Sie deshalb die russlandfeindlichen Maßnahmen der NATO, wie die Entsendung deutscher Truppen an die Grenzen Russlands, zurück?
- einen Rückzug der BRD aus der NATO und Aktivitäten zur Auflösung der NATO?

## **II. Soziale Gerechtigkeit und Schutz vor Armut**

### **Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für**

- spürbare Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation vor allem der unteren Schichten in der BRD? Unterstützen Sie alle Maßnahmen, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen?
- die Durchsetzung des Menschenrechts auf Arbeit, Bildung und Wohnung und ein Verbot der Spekulation mit Grund und Boden sowie Immobilien?
- die Unterbindung einer weiteren Privatisierung lebenswichtiger Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Rückgängigmachung von bereits vollzogener Privatisierung?
- die Beseitigung der Ursachen in der Welt, die Menschen zur Flucht zwingen?
- eine Unterbindung aller Maßnahmen der EU, die Länder des Südens im Interesse des Finanzkapitals auszubluten?
- die Schaffung menschenwürdiger Bedingungen für die zu uns kommenden Flüchtlinge und die Unterbindung der Abschiebung von Asylsuchenden in Krisengebiete?
- 

## **III. Schaffung gleicher Lebensbedingungen in Ost und West**

### **Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für**

- wirksame Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Annäherung von Ost- an Westdeutschland und damit der Aufhebung der Diskriminierung der ostdeutschen Bevölkerung bei berechtigten Lohn- und Rentenansprüchen?
- ein Ende der Diffamierung der DDR als Unrechts- und Pleitenstaat und damit gegen die Diffamierung der Lebensleistung von Millionen ostdeutschen Bürgern?
- die Aufhebung des Rentenunrechts und damit für eine schnelle Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West mit sofortiger Wirkung?
- eine Aufhebung der menschenrechtsverletzenden Strafrenten gegen Verantwortungsträger der DDR und ihrer Sicherheitsorgane und damit für die Aufhebung der grundgesetzwidrigen Nutzung des Sozialrechts als Strafrecht?